

Severing – der Vater der 48-Diktatur!

Eingeständnisse in einem Brief an die Deutschnationale Landtagsfraktion

Gärtner kontrollieren. Was sucht nur der Mann der von ihm vertriebenen KPD aus? Ich bin Goebbels während der Überlage sogar unter Karlem Schus in der Reichskanzlei eine Stelle aufgestiegen haben, da er mir sein lokales Leben fürchtet. Hitler hat nun mit der Erneuerung Görings den ersten Schritt zur allmäßlichen Eridigung des Goebbel'schen Einflusses getan.

Dieser Kampf der Führerelique ist ein Symptom für die innere Krise, die der Widerspruch zwischen den Interessen der proletarischen Anhänger und der großkapitalistisch-reaktionären Politik der NSDAP zu einer äußeren macht. Hitler kämpft um die einheitliche Durchführung des "legalem" "staatsmännischen" Rechtes, der die revolutionären und antikapitalistischen Stimmungen endgültig erledigen muß. Die erbärmlichen Kreaturen, die den Werthand der proletarischen Anhänger gegen den Hitlerkult nur benutzen wollen, um ihr unlauteres persönliches Geschäft zu machen, werden früher oder später kapitulieren, wenn dadurch die Vizeländer, das Einkommen aus dem industriellen Millionenfonds, gefährdet werden. Dennoch wird weder der Scheinkampf noch der Vertrag auf die Dauer die wertländigen Anhänger der NSDAP abhalten können, die wahre Rolle dieser vollständlichen großkapitalistischen Vasallenpartei zu erkennen und damit den Trennungsrück zu ziehen.

Ihr Anschluss an die einzige wahre antikapitalistische Kampffront, an die rote Einheitsfront unter der Führung der Kommunistischen Partei wird dann die Antwort an Hitler sein. Die Männer der KPD werden den Weg finden, den ihnen Schein-



Hitler-Sonderkommissar für die Gruppe Ost ist Hauptmann a. D. Göhring, der mit außerordentlichen Vollmachten ausgerüstet wurde.

ger gewiesen hat. Denn nicht Hitler oder Stennes heißt die Röung, sondern Hitler oder Göringer – großkapitalistisch-reaktionärer Faschismus oder revolutionärer Volkskampf gegen Kapitalist-Diktatur – das wird die Grundlage der Massenaufklärung über die wahre Rolle der Hitlerpartei sein.

Das sind die Früchte der SPD-Politik:

Artikel 48 auch gegen KPD-Freidenker!

Beschlagnahme eines Sievers-Flugblattes / Verbot einer Propagandafahrt

Ein sensationelles Verbot auf Grund der Notverordnung hat in Sachsen nunmehr auch die SPD-Organisation getroffen. Der Kreispolizeibehörde der KPD-Freidenker wurde von der Kreispolizeibehörde die Verteilung eines reformistischen Freidenkerblattes untersagt, das von berühmten Vorstandsvorsteher des "Deutschen Freidenkers", dem Sozialdemokraten Max Sievers gezeichnet ist. Sievers wurde der vorliegenden Ortsgruppe verboten, eine antifaschistische Autopropagandafahrt in die Umgebung zu machen, da dies eine "Propaganda für feindliche Anhänger" bedeute.

Vereits nach wenigen Tagen entblüht sich mit diesem Verbot die Notverordnung als Ausnahmemaßnahmen gegen die gesamte Arbeiterschaft und gegen alle freieheitlichen Betreibungen. Nichts kennzeichnet besser diese Tatsache, als das Verbot ausgesuchter des Sievers-Flugblattes. Dieses Blatt enthielt neben einigen völlig harmlosen Feststellungen über die Millionendateien der Massen eine Aufforderung zum Austritt aus der Kirche – das ist alles. Aber es genügt im heutigen Deutschland, in der „Re-

Ist schon zum 1. Mai

In deinem Betrieb Stellung genommen worden? Wurde schon ein Beschuß gefaßt, unter den revolutionären Kampflosungen der KPD und RGO aufzumarschieren?

publik“ vollauf zum Verbot. Jetzt erkennen auch die noch zweifelnden SPD-Arbeiter, welche Waffe ihre Partei der Bourgeoisie in die Hand drückt, als sie hinter verschlossenen Türen in Geheimverhandlungen durch Brünning und Hindenburg dieses Diktat verhandeln durch Sievers entworfen und beschlossen haben. Herr Sievers ist einer der schlimmsten Schriftsteller der Kulturarbeit in Deutschland, er hat jeden Konfunktionsbehörden seiner Parteifreunde in Preußen und im Reich gebedt, ihn trifft das Verbotsschild auch keine windelweiche Antifaschistische Propaganda, denn nun brauchen sich die einmal in die Höhe gehobenen Kirchenherren natürlich auch nicht die geringste Rüttel gefallen lassen. Herr Sievers hat die Hebe gegen die revolutionären Gottlosen eingeleitet, die Massen proletarier davon jetzt auch auf seine Kosten.

Nicht vergessen darf werden, daß die preußische SPD-Faktion einem Antrag zustimmt, monatlich jede Verabsiedlungsmasse der Religion durch Organisationen, die die organisierte Kirchenaustrittsbewegung fördern, das Verbot nach sich ziehen kann. Diesen Antrag hat die SPD unterstellt, weil sie hoffte, damit die proletarisch-revolutionäre Arbeiterbewegung zurückzuführen zu können und daraus ein Gewicht zu machen. Jetzt bekommen die von den SPD-Führern mitgeschaffene Kanzlei die SPD-Arbeiter in den Ortsgruppen zu spüren, gegen die bei republikanische Staatsapparate ebenso wie gegen die kommunistischen Kämpfergruppen, denn es sind ja Proleten, die den Kampf für ihre Befreiung führen wollen.

Der weltanschauliche Charakter dieser „Republik“ wird von dem Zeitungsdruck und jetzt von diesem Verbot groß betont. Dieses Blatt des Konservativen enthält aber auch die Mitteilung, die Schritte der Mitverantwortung der gesamten SPD-Führer. Sievers ist flügelbewusster sozialdemokratischer Kämpfer, dessen den nächsten Schlag geben und mit den Kommunisten in einer

Severing hat nunmehr den Schluß über seine Abwesenheit bei dem Zusammensetzen der Hindenburg-Brünning'schen Diktaturverordnung feststellen müssen. In einem Schreiben an den Vorstand der Deutschnationalen Landtagsfraktion in Preußen erklärt er wörtlich:

"Es ist wohl richtig, daß ich an dem Zusammensetzen der Notverordnung beteiligt gewesen bin, wenn Sie meine Ausschüttungen bei den zuständigen Stellen des Reiches und Preußens um gleich geistige Bestimmungen gegen die Bezeichnung der politischen Kampfformen als eine Beleidigung ansiehen wollen. Ich habe darüber hinaus in privaten und amtlichen Gesprächen zugleich in der Konferenz der Inneminister der Länder, dem Herren Reichsminister des Innern meine Auffassung über die erforderlichen Einzelmaßnahmen mitgeteilt und dabei keinen Zweifel darüber gelassen, daß das erbetene Mehr des geistigen Schutzes ich nicht nur gegen die Gottlosenpropaganda, sondern gegen jede Art der politischen und kulturellen Verwilderung richten müsse. Zulozweit betenne ich mich gern zu einer Mitwirkung an der Verordnung... Im übrigen begrüße ich Ihre Erklärung, daß auch Sie die Notwendigkeit eines Schutzes des Lebens des Bürgers gegen ein politisches Kowdium nicht verleugnen."

Diese Erklärung des sozialdemokratischen Ministers an einen deutschnationalen Führer soll ein Dokument legalisatorischer Praxis dar.



Es ist unmöglich, daß die SPD-Arbeiter diese Selbstverständigung Severings stillschweigend hinnehmen können. Sie werden der Einheitsfront Severings mit den Hugenbergs-Häschlern die rote Einheitsfront mit der KPD entgegenstellen!

Heute Entscheidung im Weltkriegsrat

Auf Verlangen der KPD mußte zu heute der Weltkriegsrat des Reichstages einberufen werden. Die KPD beantragt und fordert sofortige Einberufung des Reichstags zum Zwecke der Aufhebung der Artikel-48-Diktaturverordnung Hindenburgs und Brünning's. Niemand kann Illusionen über die Haltung der SPD, der Panzerkreuzerpartei, haben. Das Urteil über diese Partei sprechen die Massen. Für sie wird der KPD-Antrag u. seine Erledigung im Weltkriegsrat ein neuer Antrieb zum verstärkten Kampf gegen Lohnraub und Unterdrückung, für Brot, Arbeit, Freiheit, in Einheitsfront unter Führung der KPD sein!

Faschistischer Kurs in Thüringen wird fortgelebt

Regierung Baum verbietet Sammlung für KPD-Volksbekenken

Weimar, 7. April. (Eigene Drahtmeldung.) Der Minister Baum hat in einem Schreiben an den Landtagsabgeordneten Genossen Heilmann mitgeteilt, daß jede Sammlung zur Unterstützung des kommunistischen Volksbekenken zur Auflösung des Landtages unterstellt ist. Die Thüringer Regierung setzt also auch ohne Friede, wie wir schon vorher festgestellt haben, den faschistischen Kurs fort. Mit Unterstützung

der SPD versucht sie mit allen Mitteln die Massenbewegung gegen den Faschismus zu hemmen. Der Polizeipräsident von Weimar hat unter Berufung auf die Notverordnung eine Großveranstaltung, die sich mit dem antifaschistischen Volksbekenken befassen sollte, verboten.

Neuer Arbeitermordversuch der Nazis.

Wie aus Nürnberg gemeldet wird, schossen Nazi-Banditen in Hörnern einer revolutionären Arbeiter nieder. Es wurde mit lebensgefährlichen Verletzungen in der Brust ins Krankenhaus transportiert. Die Mordbande flüchtete, bisher waren die Verbrechen nicht imstande, den Täter zu ermitteln. Die Empörung der Arbeiter ist ungeheuer.

KPD-Erfolge in den Betrieben

Hauptwerk Mercedes, Zella-Mehlis: Rote Einheitsliste 527, SPD-Liste 141, Katholiken 143 Stimmen. (Vorläufiges Ergebnis.)

Papierfabrik Crottweil, Holle: Rote Einheitsliste 201, SPD-Liste 146, Werkneute 108 Stimmen.

In der TEG, dem großen Chemiebetrieb in Ellingen, erhielten: Rote Einheitsliste 455 Stimmen, Christen 77, SPD-Liste 141, Nazis 43 Stimmen. Die Wahlbeteiligung betrug 94 Prozent.

Offener Straßenbahnen: Rote Einheitsliste 655 (525), Reformisten 510 (500), Hochwerbarn 515 (666), Christen 248 (320), Nazis 94 (—) Stimmen.

Delphiger Straßenreinigung: Rote Einheitsliste 378, SPD-Liste 277, Christen 46 Stimmen.

Sollathwerte, Bremen: Rote Einheitsliste 115 (88), SPD-Liste 122 (80), Christen 18 (—).

Katastrophenpolitik

Betriebsstilllegungen und Massenentlassungen in Sachsen

Nach dem Bericht des Statistischen Bundesamtes sind beim öffentlichen Arbeits- und Wohlfahrtsministerium im Monat März 286 (Vormonat: 333) Anzeigen über Betriebsstilllegungen und Einschränkungen eingegangen. Davon entfielen 89 auf die (verschiedenen Zweige der) Textilindustrie und 55 auf Maschinen-, Apparate- und Fahrzeugbau. Die anderen verteilten sich auf die übrigen Industrien.

Im Monat Dezember 1930 waren 439 Betriebsstilllegungen und Stilllegungsanzeigen eingegangen. Von den davon betroffenen 67 478 Arbeitern und 11 003 Angestellten, wurden 11 842 entlassen.

Curtius pilgert nach London

Brünning und Curtius von Macdonald eingeladen / Eine geheime Vorkonferenz

Die englische Regierung hat den Reichskanzler Brünning und den Reichsausßenminister Curtius zu einer Konferenz nach London eingeladen. Diese Konferenz wird als ein einfacher „Besuch“ der deutschen Regierungskapitale bei Macdonald auf dessen Landstätte Chequers hingestellt. Über den Zeitpunkt der Reise ist noch keine endgültige Vereinbarung getroffen. Voraussichtlich wird der Besuch Ende Mai erfolgen.

Man erwartet, daß der französische Außenminister Briand ebenfalls nach London fahren wird. Also eine Vorkonferenz für die Völkerbundssitzung, durch die die Sogenannte, die durch die deutlich-kirchliche Zollunion vertreten wurde, überbrückt werden sollen.

Die französische Presse ist von dem Plan nicht sehr begeistert. Die nationalistische Presse erhebt in scharfem Ton gegen England den Vorwurf, daß es die Schiedsrichterkommission in Europa an sich reihen wolle. Die englische Presse begrüßt den Besuch der Machthaberregierung, wobei jedoch die kontrarionären Blätter die Notwendigkeit der „Freilung“ der Verhandlungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion in den Hintergrund stellen.

Die gesamte Bürgerliche Presse Deutschlands mißt der Einladung des Reichskanzlers Brünning und des Reichsausßenministers Curtius nach London große Bedeutung bei. Es wird zugetragen, daß auf der Konferenz die eine Art „Geheimberatung“ behandelt werden. Vor allem liegt es, wie das Blatt Brünning's, die Germania übersteht, dar, die englische Regierung davon, den verdeckten Hintergrund der Staatsminister über die Tragweite und den Zweck des französisch-deutschen Friedensvertrages persönlich kennenzulernen zu erreichen. Zweitens soll die Frage der Zollunion zwischen Deutschland und Österreich „gelöst“ werden. Daraüber hinaus soll über gerade im Zusammenhang mit Konflikten in der Frage der Zollunion und auch des politischen Konsenses, das

Verhältnis Deutschlands zur Sowjetunion beraten werden. Die englischen Konserivationen drängen auf eine Verlängerung dieser Fragen.

Zaballsteuerunterstützung gelingt

Seit Sonnabend den 4. April ist auf dem Dresdner Nebelamt die Auszahlung der Zaballsteuerunterstützung für die erwerbstätige Zaballarbeiter eingestellt. Die Arbeiter erhalten ihren Zahlbogen ausgehändigkt, aber die Kasse verzögert die Auszahlung, die vorsätzlich geliefert ist. Jedenfalls die Begründung für diese Willkür, durch die viele erwerbstätige Zaballarbeiter schwer betroffen sind, ist nicht gegeben worden. Die Zaballarbeiter in allen Betrieben müssen sofort gegen diesen Streich mobilisiert werden. Wichtigste Bestrafung gegen den schmalen Unterhaltungsraum in allen Betrieben.

Gärtliche Dresdner Rambisongress-Delegierte

Sonnabend den 11. April 1931 Uhr im Gutsbau, Schlossbergstr. — Gärtliche KPD, überparteiliche und sozialen Organisationen — vor allem Betriebe- und Gewerkschaftsgruppen des NBO — haben Vertreter zur Konferenz zu delegieren. Tagesordnung: Bildung des Gart.-Dresdner Aktionsausschusses